

2. Juli

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzigste Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Landratsamtes und des Hauptmanns, des Landratsamtes, des Finanzamtes, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsbank Bischofswerda Konto Nr. 64

Abbestellungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Belegpreis für die Zeit eines kalten Monats: Drei ins Haus hausmonatlich Mark 1.50, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 50 Pf. (Sonntagsnummer 30 Pf., Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verleger: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Erklärung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pf., drittelseitige 8 Pf. Im Textteil die 60 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort: Bischofswerda.

Nr. 151

Mittwoch, den 1. Juli 1931.

86. Jahrgang

## Tageschau.

Der französische Senat billigt mit 197 gegen 5 Stimmen die Haltung der französischen Regierung zu dem Hoover'schen Vorschlag.

Die französisch-amerikanischen Besprechungen, die Mittwoch vormittag wieder aufgenommen werden sollen, sind auf nachmittags 3 Uhr verschoben worden, weil Schatzkanzler Mellon sich noch einmal mit Washington in Verbindung setzen will.

Nach englischen Hoffnungen verfolgt man in Washington für den Fall des Scheiterns der Pariser Verhandlungen den Plan, den Amerikanern zu ermöglichen und das Angebot des Präsidenten gegen die einzelnen Schuldveränder gegenüber besonders zu unterstützen.

Der Marineminister wird ein Berater des gemischten Delegationen sein, die in der Debatte mit seinen beiden Schwestern und einem polnischen Oberbefehlshaber verhandelt und nach Paris gehen.

Die Berliner Dolmetscherkammer ist Dienstagabend bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten erschossen worden. Der Berliner Dolmetscher hat daraufhin die von den Kommunisten geforderte Verhaftung „Sperrkarte“ verboten.

In Bonn ist Franzosen eine nationalsozialistische Demonstration von Kommunisten angegriffen. Es kam zu Zusammenstoß, wobei 23 Personen verletzt wurden.

Die kommunistische Parteimitgliedin Frau Albenberg wurde in Berlin wegen ihrer Tätigkeit gegen die amerikanische Mission zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die beiden amerikanischen Flieger Post und Coffey sind bereits in Kanada eingetroffen. Sie werden schon Mittwochabend in Newport erwartet, so daß man auch ihre letzte Flugstappe durch die ganze Höhe am den Erdball nur 8 Tage gedauert haben wird.

\* Ausführliches an anderer Stelle.

## Frankreichs wahres Gesicht.

Für die Beurteilung der französischen Politik ist es gleichgültig, ob die Franzosen im letzten Augenblick sich zu einem Kompromiß mit Hoover und Mellon bequemt haben, oder ob sie es darauf ankommen ließen, durch ihre starrsinnige Weigerung die Aktion des amerikanischen Präsidenten zu gefährden. Wir wissen genau, wieviel in diesem Lande die verfehlte Politik vernagt. Man hat es Irland schon abgenommen, daß er sich durch den Zollunionplan überraschen ließ. Man ist in Paris jetzt noch betroffen darüber, daß man am Quai d'Orsay offenbar nicht merkte, welche neue weltpolitische Entwicklung sich durch die deutsch-englisch-amerikanische Zusammenarbeit in der Tributfrage andahnte. Wenn dieser Punkt bei den Franzosen einmal erreicht ist, dann ist ohnehin schwer mit ihnen zu reden, das haben sie in der jetzigen Lage nicht zum ersten Mal unter Beweis gestellt.

Erschwerend kommt hinzu, daß durch eine Zustimmung Frankreichs zum Hoover-Plan gewisse imperialistische Absichten der französischen Politik in Europa durchkreuzt würden. Eine Erstarrung Deutschlands, die zu seiner wirtschaftlichen Sanierung führen würde, wird von Frankreich unter keinen Umständen gewünscht. Frankreich will den Stumpf in Mitteleuropa. Es will uns nur soweit helfen, daß wir nicht direkt darin versinken, es will aber unter allen Umständen verhindern, daß wir wieder festen Boden unter die Füße bekommen und als selbständige politische und wirtschaftliche Macht auftreten können. Frankreich trachtet in erster Linie danach, den politischen und wirtschaftlichen Ohnmachtstanz in Mitteleuropa aufrecht zu erhalten. Trotz aller Redensarten über die angeblich gewünschte Zusammenarbeit mit Deutschland liegt der Franzosen nicht das mindeste daran, daß unser Staats- und Volkstörper wieder gesund wird.

Daher die geradezu hysterische Angst, daß durch die Initiative Amerikas jetzt etwas Durchgreifendes zur Stabilisierung der mitteleuropäischen Verhältnisse geschieht. Selbst das einseitige Moratorium, das nach unserer Auffassung in seiner heutigen Form zwar einen Anfang, aber in keiner Weise etwas Endgültiges bedeutet, ist den Franzosen schon zuviel. Eben weil sie Angst haben, daß es uns zu gut gehen könnte, klammern sie sich an einzelne Bestimmungen, mit deren Hilfe sie spätestens am Schluß des Schuldenscheiters die Schlinge wieder zuziehen können. So wollen sie, daß Deutschland von dem Aufkommen der ungezügelter Jahreszahlung einen Teil an die Länder der Kleinen Entente abgibt, so wollen sie ferner, daß Deutschland die aufgeschobe-

ne Zahlung in fünf Jahren nachzahlt, während Hoover uns dafür einen Zeitraum von fünfundsiebzig Jahren gewähren will. Überall ist das Bestreben erkennbar, die Schlinge um unseren Kopf zu belassen und sie in der Hand zu behalten. Selbstverständlich können die Franzosen, wenn sie starr bei dieser Haltung verharren, den wirtschaftlichen Vorteil des Schuldenscheiters in sein Gegenteil verkehren. Denn wenn die Welt von vornherein weiß, daß nach wenigen Monaten wieder das alte Spiel der finanziellen Erpressungen gegenüber Deutschland beginnt, dann kann die Welt kein Vertrauen zu unserem wirtschaftlichen Wiederaufbau gewinnen. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat kürzlich schon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Devisenabzüge, die in den letzten Wochen eingetreten sind, zum Teil auf der Unsicherheit beruhen, die in den wirtschaftlichen Kreisen des Auslandes wegen der Ueberlastung Deutschlands mit politischen Zahlungen entstanden ist.

Diese wirtschaftlichen Erpressungsversuche Frankreichs aber sind es nicht allein. Dahinter stehen die bekannten politischen Forderungen, die Frankreich in den letzten Wochen schon gegen Oesterreich in ähnlicher Lage geltend gemacht hat und die damals nur durch das Eingreifen englischer Finanzkreise in letzter Stunde abgewehrt werden konnten. In der englischen Regierungspresse konnte man jetzt lesen, daß Frankreich von Deutschland fordere, es solle den Zollunionplan mit Oesterreich und dem Weiterbau seiner Panzerschiffe aufgeben. Wir haben schon öfters bemerkt, daß schon die mit Frankreich jetzt verhandelnden amerikanischen Staatsmänner die völlige Unmöglichkeit dieser Forderungen erkennen u. sich dementsprechend gegenüber den Franzosen verhalten werden. Es ist weiterhin selbstverständlich, daß die Reichsregierung, wenn ein derartiges unverschämtes Ansinnen an sie gestellt würde, unter allen Umständen kein Ja sagen möchte. Aus diesem Grunde muß der französische Gegenstoß scheitern. Für uns aber ist die Tatsache lehrreich, daß Frankreich trotz der Niederlage, die es sich in der österreichischen Angelegenheit geholt hat, jetzt nochmals in einer größer. Frage das gleiche frevelhafte Spiel versucht. Wir zweifeln nicht daran, daß die unbeherrschbaren Franzosenfreunde in Deutschland auch diesmal wieder Gründe finden werden, um der deutschen Deffentlichkeit das Verhalten der französischen Politik sozusagen als bedauerliche Zwangsläufigkeit hinzustellen, gegen die wir nun einmal nichts machen können und der gegenüber wir neue Beweise unseres Friedenswillens zu liefern haben. Das deutsche Volk aber tut besser daran, die wahre

Gefahr für den europäischen Frieden zu erkennen, die in der französischen Militärpolitik liegt und die heute, zwölf Jahre nach dem sogenannten Friedensschluß, drohender ist als jemals zuvor.

## Die Entschliebung des französischen Senats.

Paris, 30. Juni.

Der Senat hat am Schluß der Debatte über die französische Antwort zu dem Hoover'schen Vorschlag nach den Erklärungen des Finanzministers Flandin und des Ministerpräsidenten Laval eine Entschliebung des Senats Berard mit 197 gegen 5 Stimmen angenommen, die lautet:

Der Senat ist der Ansicht, daß die Achtung der Verträge und Abmachungen die einzige feste Grundlage der internationalen Beziehungen bildet; der Senat erinnert an die Opfer und Zugeständnisse aller Art, die Frankreich seit 13 Jahren zugunsten der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zugunsten der Wiederherstellung der Eintracht und der europäischen Wirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Der Abstimmung ging eine kurze klare eindeutige Erklärung des Ministerpräsidenten Laval voraus. Die Situation sei sehr heikel gewesen, heikler als jemals seit dem Kriege. In den Verhandlungen, die am Mittwoch fortgesetzt würden, werde Frankreich seine Würde wahren. Es werde sich daran erinnern, daß es 1926 seine Krise allein über wunden habe, die der Krise analog sei, unter der Deutschland leide. Um Ueberraschungen zu vermeiden, halte er es für notwendig, daß zwischen der Reichsregierung und der französischen Regierung offene Verhandlungen stattfinden, von deren Erfolg er überzeugt sei. Andere Erklärungen könne er jetzt nicht abgeben. Die Regierung brauche eine starke Autorität und erwarte eine Stärkung der Autorität durch das Votum des Senats.

## Fortsetzung der Pariser Verhandlungen heute nachmittag.

Paris, 1. Juli. Die französisch-amerikanischen Besprechungen sollten heute vormittag wieder aufgenommen werden. Nach dem „Echo de Paris“ sind sie jedoch auf nachmittags 3 Uhr verschoben worden, weil Schatzkanzler Mellon um diese Frist gebeten habe, damit er noch einmal mit Washington nach der gestrigen Senatsdebatte sich ins Benehmen setzen kann.

## Washington und die Stodung der Pariser Verhandlungen.

### Besondere Aktion für Deutschland.

Washington, 30. Juli. (Draht.) Im Weißen Hause wurde die übliche Pressekonferenz für heute abgesetzt. In Regierungskreisen beschränkt man sich auf die Feststellung, daß die Lage zur Zeit ernst und unbestimmt sei, daß Frankreich als einziger Gläubigerstaat sich bisher weigere, an einer großzügigen internationalen Zusammenkunft teilzunehmen. Bei allem Ehrlichen und ernstlichen Bemühen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man hier kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den klaren Sinn des Hoover-planes über Bord zu werfen. Man lehnt selbstverständlich eine amerikanische Garantie für die „Heiligkeit des Youngplans“ ab, und man erklärt es für wider Sinnig, von Deutschland, dessen verzweifelte finanzielle Lage überall zugegeben werde, zu erwarten, daß es den in Höhe des unausgelebten Teiles ihm zu gewährenden Kredit in kurzer Frist zurückzahle. Hoover besprach die Lage heute in einer längeren Kabinettsitzung, an der Coffey und Mellon teilnahmen, nachdem er vorher erneut mit Mellon telefoniert hatte. In parlamentarischen Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Befestigung jedoch nicht zu erlangen ist, besagen,

daß Hoover nicht nachgeben, aber auch Deutschland nicht im Stiche lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen amtlichen und parlamentarischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland andigenfalls ohne Frankreichs Mitwirkung helfen könne.

Als hilflos werden die Meldungen bezeichnet, wonach man hier eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsch. Man sieht hier auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungsaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe, und sie auch durchzuführen wer-

de. In Erinnerung daran, daß Kellogg bei der Unterzeichnung des Kelloggpaktes im August 1926 Frankreich und Irland, aber nicht London besuchte, wird in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit erwogen, daß im Falle eines Fehlschlagens der Pariser Verhandlungen Hoover Stimson anweisen könnte, nicht nach Paris zu gehen. In der diesigen Presse teilt man die pessimistische Auffassung der Lage nicht in diesem Maße. Die republikanische Washington Post und die demokratische Baltimore Sun vertreten den Standpunkt, daß man Frankreich Zeit geben müsse und eine Einigung sich schließlich doch erzielen lassen werde.

## Ein neuer Plan Hoovers?

London, 1. Juli. (Draht.) Der Times-Korrespondent in Washington meldet: Aus bester Quelle höre ich, daß folgender Kurs für den Fall eines Zusammenbruchs der Pariser Verhandlungen ernstlich erwogen wird: Es wird geplant, den ursprünglichen Hooverplan zurückzuziehen und das Angebot des Präsidenten jedem der einzelnen Schuldveränder gegenüber besonders zu wiederholen; mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten würden das Angebot machen, jedes fremde Land von der Rückzahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu befreien, das als Gegenleistung auf die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationszahlungen verzichten würde. Dieser Plan befindet sich vorläufig noch im Rohentwurf, und es liegt auf der Hand, daß er sehr ernsthafte finanzielle Komplikationen einschließen würde. Er würde es den Franzosen überlassen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie bereit sind, ihn zu akzeptieren, ohne dadurch gleichwohl andere Nationen in Mitleidenschaft zu ziehen, wie es der ursprüngliche Plan Hoovers ist. Ferner würde der neue Plan die Rückwirkungen eines Fehlschlages der Pariser Verhandlungen auf die Wirtschaft und besonders auf